



Pressemitteilung

Ansbach, 29. September 2010

Bürgerinitiative will Bevölkerung über wirtschaftliche Perspektiven nach US-Abzug informieren

Hubschrauber zu Windräder: „Aktion Ansbach 2020 – Stadt ohne Militär“ startet

Positive Beispiele aus anderen Städten – Kritik an Verhinderung von Windpark durch US-Armee

Die Bürgerinitiative „Etz langt's!“ (BI) startet am Samstag, 02.10., mit einem Infostand am Joh.-Seb.-Bach-Platz von 10 bis 13 Uhr die „Aktion Ansbach 2020 – Stadt ohne Militär“. Unter dem Motto „Hubschrauber zu Windräder“ soll die Bevölkerung über die vielfältigen Nachnutzungsmöglichkeiten von ehemaligen Militäranlagen informiert werden. „In allen Städten, aus denen die US-Armee abgezogen ist, wurden mittelfristig mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand und mehr Anreize für innovative Unternehmen geschaffen“, erinnerte der BI-Vorsitzende Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer.

Gerade im Zuge der Konzentration des Militärs in Ansbach entstünden den Bürgern aber weitaus mehr Nachteile als Vorteile. Der Fluglärm der über 100 US-Hubschrauber, deren Zahl nach der angekündigten Schließung mehrerer US-Kasernen erwartungsgemäß noch ansteigen werde, belastet nicht nur die Menschen im unmittelbaren Umfeld der Militärbasis stark, sondern bedeute auch einen negativen Standortfaktor für Ansbach und die Region, insbesondere für die Tourismusbranche.

Zudem profitiere Ansbach vom Bau der abgeschlossenen US-Militärsiedlung nicht. Im Gegenteil werde die autarke Trabantenstadt die einst vielgelobte Kaufkraft der Armee deutlich dezimieren. Dem Integrationsgedanken widerspreche ein solches Projekt überdies fundamental. Des Weiteren sei eine sich ausweitende Militärpräsenz schlecht für das Image der Stadt. Die Kosten, die die Bürger für dieses kontraproduktive militärische Vorhaben tragen müssen, wären hingegen bei Bildung oder Wirtschaftsförderung viel besser angelegt.

Die BI kritisierte indes die Verhinderung eines Windparks bei Katterbach durch die US-Armee: „Dieser Standort wäre laut Stadtwerken der mit Abstand wirtschaftlichste für Ansbach gewesen und ist nun militärischen Interessen zum Opfer gefallen“, betonte Meyer. Dies zeige jedoch gleichzeitig auf, wo die Chancen einer zivilen Zukunft Ansbachs lägen: „Windkraftanlagen am Umlas und Sonnenkollektoren auf dem Katterbacher Flugfeld sind eine für alle Ansbacher bessere und gesündere Zukunftsoption als eine Garnisonsstadt“. Zudem bedeute der US-Abzug eine Steigerung der Wohnqualität in der Region und biete auf aufgelassenem Militärgelände weitere Möglichkeiten einer positiven und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

„Mit US-Militärpräsenz kann keine Zukunft gestaltet werden. Das beweisen die sich ständig ändernde Stationierungsstrategie der USA und zunehmende Finanzierungsprobleme, wie derzeit etwa am Beispiel der sich in Auflösung befindlichen Standorte Mannheim und Heidelberg. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich daher gemeinsam Gedanken über die mittelfristige zivile Umnutzung militärischer Liegenschaften machen“, erklärte der BI-Vorsitzende abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher